



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 29. Juni 2020
Kantonsratspräsident Josef Wyss

P 281 Postulat Amrein Ruedi und Mit. über aktuelle, befristete Unterstützung der Forstbetriebe für die Überbrückung der Folgen der Corona-Krise / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Das Postulat P 281 und das Postulat P 263 von Urs Marti über die Beschleunigung von Investitionsprojekten und das Vorziehen von Unterhaltsarbeiten bei kantonalen Liegenschaften zur Verringerung des wirtschaftlichen Schadens aus der Corona-Krise werden als Paket behandelt.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P 281 vor: Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung. Ruedi Amrein ist damit einverstanden.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P 263 vor: Der Regierungsrat beantragt Ablehnung wegen Erfüllung. Ruedi Amrein und Urs Marti beantragen teilweise Erheblicherklärung.

Ruedi Amrein: Ich spreche zu beiden Vorstössen. Die Situation im Wald und in der Forstwirtschaft ist dramatisch, das ist in anderen Branchen auch so. Das Thema hat einen Vorlauf, den wir hier schon diskutiert haben. Die Trockenheit und Käfer haben die Dramatik schon vorher angetrieben. Der Wald ist nicht gefährdet, die Natur findet einen Weg, aber die wirtschaftlichen Folgen haben sich derart ausgeweitet, dass ein ganzer Betriebszweig und seine Strukturen verloren zu gehen drohen. Den Forstbetrieben geht die lohnende Arbeit aus, und dies hat Folgen für die Gesellschaft. Ein ungepflegter Wald ist ein Risiko für den Erholungswald. Dazu kommt, dass die Forstbetriebe jetzt die richtigen Weichen stellen sollten für den Jungwald der Zukunft, und dazu gibt es schon einige Vorstösse. Ich danke dem Regierungsrat, dass er auch zur Jungwaldpflege Massnahmen prüfen will. Das war mein Anliegen. Ich erhoffe mir, dass die Betriebe so mehr Zeit erhalten, sich an die Situation anzupassen. In der Stellungnahme ist erkennbar, dass der Regierungsrat die Situation erfasst hat. Es gilt Strukturen nicht zu gefährden und auch nicht die regionalen Waldorganisationen, denn diese haben öffentliche Aufträge für die Beforstung und Beratung. Ich danke dafür, dass mein Anliegen aufgenommen wurde, und verstehe nicht, wieso der Regierungsrat nicht die Erheblicherklärung beantragt. Vielleicht kann man mir das noch erklären. Ich bin mit der teilweisen Erheblicherklärung einverstanden, denn der Inhalt stimmt für mich. Zum Postulat P 263: Die FDP-Fraktion beantragt die teilweise Erheblicherklärung. Wir sehen in der Antwort die Haltung und die Zielsetzung der Regierung. Der Wille ist da, und es wird gehandelt. Es ist aber noch nichts abgeschlossen, und deshalb ist es zu früh, das Postulat P 263 wegen Erfüllung abzulehnen.

Urs Marti: Vorab bedanke ich mich für die Unterstützung der Wirtschaft durch die Regierung in dieser heiklen Zeit. Ich spreche zu beiden Postulaten. Ob aus Sicht der Forst-, Holzbau-, Bau- oder der Gesamtwirtschaft – die Folgen der Pandemie sind enorm. Allerdings sind im Bausektor die Langzeitfolgen noch nicht abschätzbar. Es ist klar, dass diese noch sehr gross sein können, wenn die Wirtschaft nicht mit grossen Impulsprogrammen gestützt wird. Das Postulat P 281 verlangt Mittel und das Vorziehen von Projekten der Biodiversität

oder der Waldinfrastruktur. Hier ist die Antwort der Regierung schlüssig. Es wird die Prüfung von zusätzlichen wirtschaftlichen Impulsen zugesichert. In der Stellungnahme zum Postulat P 263 können wir nachvollziehen, dass die Regierung in Sachen Vorziehen von Instandhaltung und Instandsetzung schnell und unkompliziert reagiert hat. Allerdings fordert der Vorstoss ebenfalls eine Prüfung eines möglichen Vorziehens von Investitionsprojekten. Bei Baugesuchen und Planern ist jetzt ein massiver Rückgang spürbar. Investoren, Unternehmen und private Bauherren zögern. Der Wachstumsschub ist berechtigterweise gebremst. Der Schock kommt dadurch aber für den Wirtschaftszweig Bau entsprechend härter. Die Bauwirtschaft war bisher nur wenig betroffen und konnte grösstenteils unter Einhaltung der Corona-Schutzmassnahmen arbeiten. Hier werden die Aufträge aber ab diesem Herbst, im nächsten Jahr oder noch langfristiger fehlen, wie dies im Vorstoss erwähnt wurde. Die Reaktion der Regierung ist zögerlich. Mit der Ablehnung wegen Erfüllung mit der Begründung, bei grossen Projekten sei eine Beschleunigung infolge unklarer baurechtlicher, denkmalpflegerischer oder städtebaulicher Massnahmen nicht möglich, wird in meinen Augen eine Chance verpasst. Es muss geprüft werden, welche Projekte – auch grosse – beschleunigt werden können. Das Postulat ist in unseren Augen erst erfüllt, wenn Budget und Aufgaben- und Finanzplan entsprechend angepasst sind. In der Medienmitteilung «Wirtschaftliche Strategien zur Bewältigung der Corona-Krise» vom 16. Juni 2020 verspricht der Regierungsrat ein Impulsprogramm, welches auch die Forderungen des Postulats umfasst. Wenn der Staat jetzt Mittel einsetzt und Projekte beschleunigt, sind diese Mittel sicher mindestens so gut eingesetzt, wie wenn Kredite vergeben werden. Für die eingesetzten Mittel entsteht ein direkter Gegenwert. Die CVP-Fraktion wird deshalb für die teilweise Erheblicherklärung beider Postulate stimmen.

Angela Lüthold: Der Wald kränkelt, das hat Ruedi Amrein richtig umschrieben. Die Waldwirtschaft hat Absatzschwierigkeiten, aber nicht nur wegen der Windstürme, der Trockenheit oder des Corona-Virus. Ich möchte noch auf einige Zahlen aufmerksam machen: Der Holzverbrauch in der Schweiz beträgt etwa 11 Millionen Kubikmeter, aber es werden nur 4,5 Millionen in unseren Wäldern geerntet. Dazu kommt, dass der Wald im Jahr zirka um 5400 Hektaren Fläche wächst und dass der Holzimport den Absatz im Binnenmarkt erschwert. Der Holzpreis war noch nie so im Keller wie jetzt. Ein Kubikmeter Holz kostet weniger als ein Paar Markenjeans. Es ist unverzichtbar, dass die Regierung die Situation prüft und dass die Holzarbeiten in unseren Wäldern weitergeführt werden können. Was passiert, wenn wir dies nicht tun? Der Wald verkommt, überaltert und wird wegen der Dichte trockener; die Käfer schlagen deshalb vermehrt zu, und wir bekommen Probleme mit dem Trinkwasser. Die SVP-Fraktion unterstützt die teilweise Erheblicherklärung des Postulats P 281. In der Stellungnahme zum Postulat P 263 schreibt die Regierung, was sie bereits getan hat. Sie hat schon vieles für kleine und mittlere Unterhaltsarbeiten in die Wege geleitet. Die Regierung kann sich jedoch nicht einfach über Bewilligungsverfahren hinwegsetzen und Bauprojekte aus dem Hut zaubern. Auch sie muss gewisse Verfahrensgrundsätze einhalten. Die SVP folgt der Regierung, denn diese hat die Lage erkannt und setzt alles Nötige daran, dass niemand ins Hintertreffen gerät, auch nicht die Bauwirtschaft.

Isabella Schwegler-Thürig: Die meisten der zum Zeitpunkt des Lockdowns gestarteten kantonalen Bauprojekte liefen und laufen wie geplant weiter. Alle Dienststellen der kantonalen Verwaltung wurden beauftragt, Investitionsprojekte vorzuziehen. Deshalb sind kleinere bis mittlere Unterhalts- und Umbauarbeiten bereits in Umsetzung. Die Regierung stellt richtigerweise fest, dass grössere Bauvorhaben eine längere Vorlaufzeit für Planungs- und Bewilligungsverfahren benötigen. Grossprojekte können somit nicht einfach schnell und unkompliziert vorgezogen werden. Der Grund für rückläufige Aufträge in Planungsbüros und im Baugewerbe liegt vielleicht auch im übersteigerten Bauboom der vergangenen Monate. Die Regierung hat auf die schwierige Situation wegen Corona richtig gehandelt und angemessen reagiert. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der Regierung und lehnt das Postulat P 263 wegen Erfüllung ab.

Urs Brücker: Ich spreche zu beiden Postulaten. Zum Postulat P 281: Die Forstbetriebe

stehen nicht erst seit der Corona-Krise unter Druck. Wir haben es gehört: Stürme, Trockenheit und Käfer machen dem Wald extrem zu schaffen, vor allem den Fichten. Die Verwertungsmöglichkeiten von Waldholz, vor allem von solchem von schlechter Qualität, sind völlig eingebrochen. Viele Absatzmöglichkeiten, zum Beispiel auch Restholz der Sagereien, sind ebenfalls weggebrochen. Es hat zu viel Holz im Wald, und niemand will es. Die Einschränkungen der Bearbeitungsbetriebe und Baustellen in grenznahen Regionen wegen der Corona-Krise haben die Situation verschärft. Insbesondere im Energieholzbereich sind wir der Ansicht, dass die Anstrengungen massiv verstärkt werden müssten. Man müsste auch die Förderung im Bereich von Wärmeverbunden mit Holz nochmals anschauen. Der Kanton hat die Mittel dieses Jahr schon aufgestockt, und daher ist die teilweise Erheblicherklärung für die GLP akzeptabel. Zum Postulat P 263: Auch hier wurde das Wesentliche von meinen Vorrednern schon gesagt. Es sind Unterhaltsarbeiten vorgezogen worden, kleinere Investitionen hat man ebenfalls vorgezogen. Es ist nachvollziehbar, dass man grössere Bauinvestitionen mit unklaren baurechtlichen, denkmalpflegerischen oder städtebaulichen Rahmenbedingungen nicht gross beschleunigen kann. Einfach draufloszuwursteln und sich damit bewilligungs-, bau-, umwelt- oder submissionsrechtliche Probleme einzuhandeln und die Qualität grosser Bauvorhaben zu gefährden, liegt für die GLP nicht drin. Die GLP-Fraktion unterstützt die Ablehnung des Postulats wegen Erfüllung.

Hasan Candan: Vorher stand noch die Frage im Raum, wieso die Regierung für das Postulat P 281 nur die teilweise Erheblicherklärung beantragt hat. Ich glaube, die Regierung gibt die Antwort auf diese Frage in ihrer Stellungnahme selber. Sie führt aus, dass die Lage, in der sich die Holzwirtschaft befindet, nicht erst seit Corona besteht. Die Winterstürme, die trockenen Sommer und die Käfer machten dem Wald sehr zu schaffen. Es gibt zwei Aspekte: Das eine ist, dass die Holzbranche sich schon lange in dieser Lage befindet. Das andere ist die Akzentuierung, die mit Corona stattfindet. Der Druck nimmt zu, und wir und auch andere Institutionen wollen den Luzerner Wald vorwärtsbringen. Wir wollen die strukturelle Schwächung mildern und die Wertschöpfungsketten erhalten, damit hier die Wertschöpfung und Arbeitsplätze erhalten bleiben. Mit der Klimakrise erhält der Wald eine übergeordnete Bedeutung, um die Auswirkungen des Klimawandels zu reduzieren. Darum wird die SP-Fraktion die teilweise Erheblicherklärung unterstützen. Der Wald übernimmt auch eine Funktion für die Biodiversität. Da ist die Pflege des Jungwaldes sehr wichtig im Hinblick auf den Klimawandel und auch auf den höheren Druck auf den Wald und die Lebewesen, welche ihn als Lebensraum benötigen. Die Regierung soll die Unterstützung von Projekten für den Jungwald und die Biodiversität in Zeiten der Corona-Krise prüfen.

Korintha Bärtsch: Die G/JG-Fraktion ist mit der teilweisen Erheblicherklärung des Postulats P 281 einverstanden. In der Stellungnahme des Regierungsrates ist zu lesen, wieso die Unterstützungsbeiträge wichtig sind. Stichworte dazu sind die Bewältigung der Winterstürme, Waldschäden aufgrund von Trockenheit, der Borkenkäfer und Biodiversitätsleistungen. Das Anliegen ist nachvollziehbar und richtig. Wenn man aber genauer hinschaut, dann nimmt die Stellungnahme gar keinen Bezug zu den Forderungen, sondern sie nimmt die Antworten des in der letzten Session eingereichten Postulats P 298 vorweg, in denen die Regierung verlauten lässt, dass die Wald- und Forstwirtschaft nicht nur vorübergehend aufgrund von Corona Unterstützung brauchen, sondern auch generell und über eine längere Zeit. Grundsätzlich finden wir das richtig. Wir wollen aber in der Wald- und Forstpolitik nicht nur auf Staatshilfe setzen. Mit Innovationskraft ist es nämlich möglich, auch die Wertschöpfung von Holz zu vergrössern. Holz kann man verbauen, man kann Möbel produzieren, man kann es aber auch verbrennen. Das ist aber noch immer nicht alles. Man kann Holz auch in seine Bestandteile fraktionieren und in kleinste Bauteile aufsplitten. Aus Cellulose oder Tannin können Grundbausteine für die chemische Industrie gewonnen werden für Parfüme, Aromastoffe, Leim, Farben und den 3D-Druck. Damit kann viel Öl substituiert und somit CO₂ aus der Luft genommen werden. Wenn wir es schaffen, genau diese Extraktionsprozesse auf eine Marktmenge hochzuheben, dann steigt die Wertschöpfung des regionalen und schweizerischen Holzes extrem. Hier und nicht nur bei der Staatshilfe müssen wir ansetzen und uns auf den Weg weg vom Öl machen. Bei der

Diskussion zum Postulat P 299 zur Holzkette, welches auch in der letzten Session eingereicht wurde, werden wir das wieder diskutieren. Zum Postulat P 263: Die Stellungnahme war für uns nachvollziehbar. Mich haben die Voten für eine teilweise Erheblicherklärung nicht überzeugt. Die Anliegen wurden aufgenommen, und Verfahrensgrundsätze sind wichtig, wenn es um grosse Projekte geht. Die G/JG-Fraktion stimmt für die Ablehnung des Postulats wegen Erfüllung.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Zum Postulat P 281: Ich stelle fest, dass wir uns im Wesentlichen einig sind. Es ist nur noch die Frage des Postulanten offen, warum die Regierung die teilweise Erheblicherklärung beantragt. Wir haben das Thema bereits aufgenommen und dieses Jahr entsprechende zusätzliche Mittel gesprochen. Darum sind wir der Meinung, dass ein Teil bereits erledigt wurde. Zum Postulat P 263: Wir haben bereits die entsprechenden Massnahmen in die Wege geleitet. Die Projekte werden so gut wie möglich mit Hochdruck bearbeitet, und im Unterhaltsbereich sind wir daran, die möglichen Projekte zügig umzusetzen, um den betroffenen Betrieben entgegenzukommen. Grössere Projekte sind halt nicht ganz so schnell umsetzbar. Ich erinnere Sie an ein ganz grosses und schönes Projekt, den Campus Horw, da sind wir über Jahre hinweg dran. Wir sind froh und dankbar, dass der Kanton Luzern aktuell so viele Hoch- und Tiefbauprojekte in der Pipeline hat wie vermutlich noch nie, und hoffen, dass wir damit einen Beitrag leisten können. Kurzfristig grosse Projekte zusätzlich in die Pipeline aufzunehmen, ist personell und auch finanziell nicht möglich. Ich bitte Sie, das Postulat P 281 teilweise erheblich zu erklären und das Postulat P 263 wegen Erfüllung abzulehnen.

Der Rat erklärt das Postulat P 281 teilweise erheblich.